

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Sabine Gastmann (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt
Stellv. Ausschussmitglied Hans Gabriels (*für Herrn Adam*)
Stellv. Ausschussmitglied Hans Hartmann (*für Frau Gastmann*)

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech (*ab 14:50h*)
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglieder Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl (*fehlte entschuldigt*)
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Mitglied Die Linke:

Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Udo Weiß (14)

Vom Eigenbetrieb:

Betriebsleiter GGS Oliver Leinert (17)
Eigenbetrieb SDW Diether Erdelyi (16)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.04.2010	
4	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
4.1	Annahme von Zuwendungen für die Wilhelmshavener Schulen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO	115/2010
4.2	Annahme von Zuwendungen für Projekte der Stadtjugendpflege im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO	133/2010
4.3	Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Beschaffung eines Löschfahrzeuges LF KatS durch das Land Niedersachsen	127/2010
5	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
5.1	Annahme von Zuwendungen für Projekte der Stadtjugendpflege im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO	129/2010
5.2	Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer	131/2010
5.3	<u>Antrag der FDP-Fraktion:</u> Änderung der Geschäftsordnung des Rates (Rechnungsprüfungsausschuss)	515/2010
5.4	Um- und Anbau des Gymnasiums am Mühlenweg - PPP-Modell	
5.5	Jahresabschluss 2009 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	116/2010
5.6	Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung	105/2010
6	<u>Bericht:</u> Unterausschuss zur Umstrukturierung/Neuausrichtung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven	
7	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
7.1	Budgetberichte - I. Quartal 2010	
7.2	<u>Produktberichte - I. Quartal 2010:</u>	
7.2.1	Teilhaushalt 13 - Kommunikation und Koordination (wesentliche Produkte)	
7.2.2	Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt (wesentliche Produkte)	
7.2.3	Teilhaushalt 30 - Rechtsamt (wesentliche Produkte)	
7.2.4	Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (wesentliche Produkte)	
7.2.5	Teilhaushalt 20 - Finanzen (wesentliche Produkte)	
7.3	Haushaltsentwicklung 2010	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.04.2010

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.04.2010 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen für die Wilhelmshavener Schulen im 115/2010 Sinne des § 83 Abs. 4 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der in der Anlage aufgeführten Geld- und Sachspenden mit einem Wert von jeweils über 100,- € und bis zu 2.000,- € für die Wilhelmshavener Schulen.

4.2 Annahme von Zuwendungen für Projekte der Stadtjugendpflege im 133/2010 Sinne des § 83 Abs. 4 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die Annahme der in der Begründung aufgeführten Spenden, die nach Inkrafttreten am 20.05.2009 der §§ 83 Abs. 4 und 25a GemHKVO durch die Jugendpflege im Jugendamt angenommen wurden.

4.3 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Beschaffung eines 127/2010 Löschfahrzeuges LF KatS durch das Land Niedersachsen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Es wird der Antrag auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 180.000,- Euro für die Beschaffung eines Löschfahrzeuges LF KatS durch das Land Niedersachsen gestellt.

5 Vorlagen an den Rat5.1 Annahme von Zuwendungen für Projekte der Stadtjugendpflege im 129/2010
Sinne des § 83 Abs. 4 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die Annahme der in der Begründung aufgeführte Spende, die nach Inkrafttreten am 20.05.2009 der §§ 83 Abs. 4 und 25a GemHKVO durch die Jugendpflege im Jugendamt angenommen wurden.

5.2 Resolution zur Stärkung der Gewerbesteuer**131/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman stellte für die FDP-Fraktion einen umfangreichen Änderungsantrag und begründete diesen ausführlich. Die Resolution solle aus seiner Sicht neutraler und ergebnisoffen formuliert werden. Die vom Bundestag eingesetzte Gemeindefinanzkommission stehe noch am Beginn ihrer Arbeit und solle daher nicht bereits zu diesem Zeitpunkt durch die Kommunen in eine Richtung gedrängt werden. Insbesondere die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf freiberuflich tätige Personen erschien ihm als die grundlegend verkehrte Richtung und solle von daher in einer Ratsresolution auch nicht als Möglichkeit aufgezeigt werden.

Herr Neumann stellte klar, die Beschlussvorlage der Verwaltung entspreche Wort für Wort der mit dem niedersächsischen Städtetag abgestimmten Musterresolution. Sie solle nun auch so beschlossen werden. **Herr Tjaden** pflichtete bei, eine Resolution mache überhaupt nur Sinn, wenn diese nach Möglichkeit bundesweit einheitlich in den Kommunen beschlossen werde.

Stadtkämmerer Hoff ergänzte, der Wortlaut der Resolution sei im Vorfeld in allen Gremien des Städtetages und auch in Absprache mit den Kommunen in der vorliegenden Fassung abgestimmt worden. Sie sei außerdem bereits in vielen Kommunen in dieser Fassung beschlossen worden. **Herr Schmidt** schloss sich den Ausführungen von Herrn Hoff an und vertrat ferner die Auffassung, die Kommunen müssten mit dieser Resolution ein „Signal gegen die Fremdbestimmung“ setzen. **Herr Hartmann** nannte die Resolution einen „Hilferuf der Kommunen, gab jedoch zu bedenken, dass mindestens in Europa kein anderes Land eine Gewerbesteuer in ähnlicher Ausprägung wie in Deutschland habe. Sie sei daher dringend zu modernisieren.

Oberbürgermeister Menzel verdeutlichte, eine Abschaffung der Gewerbesteuer und Ersatz durch einen kommunalen Aufschlag bei der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer belaste in der Konsequenz zusätzlich die Bürgerinnen und Bürger und sei daher ungerecht. Er zitierte außerdem die Präsidentin des

Deutschen Städtetages, Frau Roth, die ausdrücklich vor „Experimenten mit der Gewerbesteuer“ warne. Im Übrigen sei die Resolution in der vorgelegten Fassung insgesamt neutral gefasst und könne daher auch so beschlossen werden.

Herr Prof. Reuter erklärte, seine Fraktion halte die Resolution in der vorgelegten Fassung für grds. vertretbar, sah jedoch insb. in der Überschrift und in der Begründung die Neutralität nicht uneingeschränkt gewahrt.

Anschließend ließ die die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion mit folgendem Wortlaut abstimmen:

„Vorbemerkung: Die Vorlage ist völlig unausgewogen und teilweise polemisch. Sie berücksichtigt nicht einmal die von den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam verfasste Stellungnahme vom 2.3.2010. Sie wird daher die beabsichtigte Wirkung verfehlen, schon weil wesentliche Teile des Rates ihr nicht zustimmen können. Im Folgenden soll daher versucht werden, sie zustimmungsfähig zu machen.“

1. Der „TOP“ lautet „Resolution zur Stärkung der gemeindlichen Finanzen“

2. Die mit • versehenen Absätze erhalten folgende Formulierungen:

a. Der Rat begrüßt die Einsetzung der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene. Die steigenden Anforderungen an die Finanzkraft der Kommunen und ihre schwankenden Einnahmen erfordern eine grundsätzliche Überprüfung der Einnahmen- und Ausgabenseite.

b. Steuersenkungen müssen nachhaltig sein und mittel- bis langfristig zu einer Stabilisierung von Betrieben und Steigerung der Finanzkraft der Bürger führen. Nur dann sind kurzfristige Einnahmeausfälle hinnehmbar.

c. Die Kommission hat die Aufgabe, sämtliche Einnahmearten, insbesondere die Gewerbesteuer, auf ihre Zukunftsfähigkeit hin zu untersuchen. Der Rat unterstützt eine vorurteilsfreie Prüfung und erwartet, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppen nachvollziehbar und vollständig dargestellt werden.

d. Die von verschiedenen Seiten für die Gewerbesteuer vorgeschlagenen Ersatz-einnahmen bedürfen der tiefgehenden und überzeugenden Prüfung, bevor sie zum Kommissionsvotum werden.

3. In die **Begründung** werden folgende Änderungen vorgenommen:

a. (Dramatische Finanzlage): Streiche im Satz 3 von Absatz 1 „deutliche Gebühren-erhöhungen“ (Gebühren können nicht willkürlich oder nach Finanzlage erhöht werden, sondern müssen kostendeckend sein)

b. (Gemeindliche Steuereinnahmen vernachlässigt und geschwächt): Streiche den zweiten Absatz („Der zweite Hauptgrund...“). (Die Aussagen sind teilweise schlicht falsch und an anderer Stelle zumindest unvollständig, weil die vorgenommenen Änderungen an der Steuerstruktur Betriebe entlasten und damit zu einer Verstetigung auch der kommunalen Einnahmen führen werden)

4. Es wird dann ein neuer Absatz c) eingefügt mit folgendem Wortlaut:

Wie die Städtetagspräsidentin Petra Roth richtig ausführte, trifft die Kommunen der „seit Jahren ungebremste Anstieg der Sozialausgaben“ besonders hart. „Die Sozialausgaben von inzwischen 40,3 Milliarden € sind eine schwere Hypothek, die die Kommunen auf die Dauer nicht schultern können.“ Der Rat begrüßt daher den Auftrag an die Kommunalfinanzkommission, auch die Sozialausgaben einer genauen Prüfung zu unterziehen. Ebenso wichtig ist der Auftrag, Standards zu überprüfen, eine Mitwirkung der Kommunen bei der Bundesgesetzgebung und an der EU-Rechtssetzung zu untersuchen.

5. Die Absätze c) und d) in der Begründung werden ersatzlos gestrichen, da sie die Ergebnisse der Kommissionsarbeit vorwegnehmen, unsinnige und falsche Angaben enthalten und die Vorlage unannehmbar machen.“

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-
Ja: 1(FDP) Nein: 7 Enthaltungen: 5 (SPD)

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die unveränderte Beschlussvorlage abstimmen. (Vollständige Resolution siehe Anlage 1)

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Forderungen an alle Bundes- und Landespolitiker

Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden wird immer dramatischer. Alle Bundes- und Landespolitiker, insbesondere die Abgeordneten unserer Wahlkreise, sind aufgefordert, parteiübergreifend konkrete Schritte zur Stärkung der kommunalen Einnahmen und zur Begrenzung der kommunalen Ausgaben zu unterstützen:

- Die Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene muss erhebliche, dauerhaft wirksame Verbesserungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite bewirken.
- Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen, die nicht gegenfinanziert sind, darf es nicht mehr geben.
- Die Gewerbesteuer hat als örtliche Wirtschaftssteuer mit Hebesatzrecht eine Schlüsselrolle für die kommunale Finanzausstattung und Finanzautonomie. Sie muss modernisiert und gestärkt, nicht abgeschafft werden. Vorschläge hierfür liegen vor.
- Ein Ersatz der Gewerbesteuer durch örtliche Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer und/oder erhöhte Umsatzsteueranteile wird abgelehnt, weil sie nur neue Probleme erzeugt, insbesondere massive Belastungsverschiebungen.

5.3 Antrag der FDP-Fraktion: Änderung der Geschäftsordnung des Rates 515/2010 (Rechnungsprüfungsausschuss)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat Herrn Dr. von Teichman, den Antrag der FDP-Fraktion vorzutragen und erteilte diesem sofort das Wort.

Herr Dr. von Teichman trug Antrag und Begründung vor. Er erinnerte daran, seine Fraktion habe den Antrag ursprünglich bereits vor der letzten Klausurtagung gestellt und bat den Ausschuss nun um eine abschließend positive Entscheidung. Die Einrichtung eines Rechnungsprüfungsausschusses sei aus seiner Sicht insbesondere vor dem Hintergrund einer veränderten Aufgabenstruktur im RPA durch die Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens notwendig.

Herr Hartmann stimmte Herrn Dr. von Teichman in dem Punkt der veränderten Aufgabenstruktur im RPA ausdrücklich zu. Die Einrichtung eines Rechnungsprüfungsausschusses hielt er dennoch für nicht zwingend erforderlich. Er schlug vor, stattdessen in jeder Ratsfraktion eine Kontaktperson für das RPA zu benennen, welche dann kontinuierlich vom RPA informiert werden könne.

Herr Prof. Reuter vertrat die Auffassung, die Anzahl der Fachausschüsse des Rates sollte insgesamt so niedrig wie möglich gehalten werden. Er schlug daher vor, der FWM könne die Aufgabe zusätzlich übernehmen.

Herr Dr. von Teichman wies den Vorschlag von Herrn Hartmann als untauglich zurück. Zum Vorschlag von Herrn Prof. Reuter gab er zu bedenken, dass die Sitzungen des FWM bereits heute sehr zeitintensiv seien.

Herr Neumann kündigte für seine Fraktion an, sich zunächst der Stimme zu enthalten. Die Zuordnung der Angelegenheiten des RPA zum FWM erschien ihm jedoch grds. sinnvoll.

Stadtkämmerer Hoff stellte klar, ein Rechnungsprüfungsausschuss sei als Pflichtausschuss in Niedersachsen nicht vorgesehen, wenn auch freiwillig möglich. Er plädierte jedoch ebenfalls für die Einrichtung eines ständigen Tagesordnungspunktes im FWM „Angelegenheiten des Rechnungsprüfungsamtes“.

Abschließend ließ die Vorsitzende, Frau Glaser, über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat möge nach Vorbereitung durch den VA beschließen:

Die Geschäftsordnung des Rates wird wie folgt geändert:

§ 23 (1) (Ausschüsse) wird ergänzt. Nach „Sportausschuss“ wird eingefügt: „Rechnungsprüfungsausschuss“.

5.4 Um- und Anbau des Gymnasiums am Mühlenweg - PPP-Modell

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, teilte mit, dieser Punkt sei auf Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt worden und erteilte Herrn Neumann sogleich das Wort. **Herr Neumann** erklärte, seine Fraktion plädiere für die Aussetzung der Planungen im Hinblick auf den Neu- und Umbau des Gymnasiums am Mühlenweg im Rahmen einer Finanzierung durch das sog. „PPP-Modell“ (public-private-partnership). Stattdessen solle die Maßnahme unbedingt in Eigenregie durch den städtischen Eigenbetrieb GGS durchgeführt werden.

Herr Prof. Reuter erinnerte an den Beschluss des Rates aus dem letzten Jahr. Hiernach sei bisher keine endgültige Entscheidung zugunsten von PPP oder zugunsten der Eigenleistung durch die Stadt getroffen worden. Der Rat habe seinerzeit lediglich die Verwaltung beauftragt, eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsberechnung in Form eines Wettbewerbes für beide Finanzierungsalternativen aufzustellen und dem Rat zur letztendlichen Entscheidung vorzulegen. Er sah keinen Grund, von dieser Entscheidung zu diesem Zeitpunkt abzurücken. Er vermutete, die SPD-Fraktion scheue einen ergebnisoffenen Wirtschaftlichkeitsvergleich.

Herr Dr. von Teichman äußerte sein Unverständnis über die Ansicht der SPD-Fraktion. „Landauf, Landab“ seien PPP-Projekte bereits erfolgreich durchgeführt worden. Der bisherige Ratsbeschluss solle daher aufrechterhalten bleiben.

Herr Tjaden vertrat die Auffassung, „Landauf, Landab“ seien auch negative Erfahrungsberichte im Zusammenhang mit PPP bekannt. Aus seiner Sicht bergen PPP-Projekte unkalkulierbare Risikofaktoren. Eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsberechnung sei somit nur bedingt nützlich. **Herr Westermann** pflichtete Herrn Tjaden in diesem Punkt bei.

Der richtige Zeitpunkt für eine solche Diskussion wurde nach Meinung von **Herrn Langen** verfehlt. Der Rat habe schließlich die Verwaltung beauftragt, eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsberechnung zu erarbeiten. Die Ergebnisse lägen noch nicht vor, jedoch habe die Verwaltung natürlich bereits erhebliche Ressourcen in die Ausarbeitung gesteckt. Es solle daher bei der bisherigen Sprachregelung bleiben, der Rat entscheide über die Maßnahmen am neuen Gymnasium in Form eines PPP-Projektes oder durch den Eigenbetrieb GGS abschließend, sobald die Ergebnisse der vergleichenden Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegen. **Herr Weerda** pflichtete Herrn Langen bei, trotz seiner generellen Skepsis gegenüber PPP-Projekten.

Stadtkämmerer Hoff nannte die Durchführung von PPP-Projekten eine logische Fortführung des „Contracting-Modells“, welches bei der Stadt Wilhelmshaven bereits seit Jahren erfolgreich praktiziert werde. Der gesamte Bauunterhaltungsschaden in Höhe von ca. 50 Mio. € sei in Eigenregie ohnehin nicht zu leisten. Die hierfür notwendige Kreditgenehmigung durch das Land sei aus seiner Sicht nicht zu erwarten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei es jedoch dringend geboten, zumindest die Ergebnisse der vergleichenden Wirtschaftlichkeitsberechnung abzuwarten. Sollte sich die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen eines PPP-Projektes als deutlich wirtschaftlicher darstellen, so sei eine Kreditgenehmigung für die Durchführung in Eigenregie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zu erreichen. Im Übrigen gab er sein Unverständnis über die Vorgehensweise zum Ausdruck, Beschlüsse des Rates aufzuheben, noch bevor die Verwaltung konkrete Ergebnisse vorlegen könne. Hier würden in diesem Fall zum wiederholten Male die ohnehin knappen Ressourcen sinnlos vergeudet.

Anschließend bat **Herr Neumann** um Abstimmung.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete, die SPD-Fraktion habe bisher lediglich den Antrag gestellt, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ein schriftlicher Antrag läge nicht vor, es könne also auch nicht abgestimmt werden.

Auf Antrag von Herrn Neumann unterbrach die Vorsitzende, Frau Glaser die Sitzung anschließend von 15:20h bis 15:30h.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung formulierte Herr **Neumann** für seine Fraktion folgenden Antrag und reichte diesen auch schriftlich ein:

„Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die vorgesehene Ausführung des Um- und Anbaus des Gymnasiums am Mühlenweg durch ein PPP-Modell zu stoppen und stattdessen die Baumaßnahme durch den städtischen Eigenbetrieb GGS durchführen zu lassen.“

Die Vorsitzende, Frau Glaser, ließ abschließend über den Antrag abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die vorgesehene Ausführung des Um- und Anbaus des Gymnasiums am Mühlenweg durch ein PPP-Modell wird gestoppt und die Baumaßnahme wird stattdessen durch den städtischen Eigenbetrieb GGS durchgeführt.

5.5 Jahresabschluss 2009 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ 116/2010 - Entlastung Betriebsleitung -

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2009 der SDW zum 31.12.2009 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Oldenburg GmbH mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 97.338,89 € festgestellt. Dieser Bilanzgewinn ist in voller Höhe der allgemeinen Rücklage zuzuführen, damit ausreichende Mittel für die bereits erkennbaren notwendigen und nicht unerheblichen Investitionen in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen. Durch diese Maßnahme soll eine direkte Belastung des städtischen Haushalts vermieden werden.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

5.6 Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung

105/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Auslagenersatzes und des Verdienstausfalls für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen (Entschädigungssatzung) laut Anlage.

6 Bericht: Unterausschuss zur Umstrukturierung/Neuausrichtung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven

Als Vorsitzender des „Unterausschusses zur Umstrukturierung / Neuausrichtung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven“ teilte **Herr Neumann** mit, dass es zurzeit keinen neuen Sachstand gebe.

7 Mitteilungen und Anfragen7.1 Budgetberichte - I. Quartal 2010

Stadtkämmerer Hoff erinnerte daran, dass den niedersächsischen Kommunen mit dem neuen Haushaltsrecht nicht nur die Umstellung auf die doppelte Buchführung, sondern auch ein verbindlich einzuführendes neues Steuerungssystem verordnet wurde. Dieses basiere auf der Steuerung mit Hilfe von „Zielvorgaben, operativen Maßnahmen sowie Kennzahlen zur Messung des Zielerreichungsgrades“. Zu diesem Zweck sei am 1. Januar 2010 eine neue Dienstanweisung des Oberbürgermeisters in Kraft getreten („*Dienstanweisung Controlling und Berichtswesen*“). Im Rahmen dieser neuen Dienstanweisung werde künftig quartalsweise in den Fachausschüssen berichtet werden.

Der sog. „Budgetbericht“ werde quartalsweise im FWM vorgestellt. Er enthalte jeweils den Stand zum Berichtsstichtag zu allen Teilhaushalten. Des Weiteren die sog. „Produktberichte“, welche quartalsweise in den jeweils zuständigen Fachausschüssen vorgestellt werden. Dem FWM seien als zuständiger Fachausschuss die Teilhaushalte 13 (Kommunikation & Koordination), 14 (Rechnungsprüfung), 30 (Rechtsamt), 32 (Bürgerangelegenheiten) sowie 20 (Finanzen) zugeordnet.

Herr Neumann begrüßte ausdrücklich, dass die Verwaltung nun auch bereits unterjährig und regelmäßig über die Entwicklung im Haushaltsvollzug berichte.

Fragen von Herrn Neumann und Herrn Prof. Reuter zu den vorliegenden Berichten wurden von Herrn Hoff umfassend beantwortet.

7.2 Produktberichte - I. Quartal 2010

7.2.1 Teilhaushalt 13 - Kommunikation und Koordination (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

7.2.2 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

7.2.3 Teilhaushalt 30 - Rechtsamt (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

7.2.4 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten, Öffentliche Sicherheit und Ordnung (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

7.2.5 Teilhaushalt 20 - Finanzen (wesentliche Produkte)

-keine Wortbeiträge-

7.3 Haushaltsentwicklung 2010

Stadtkämmerer Hoff zitierte zunächst aus dem Haushaltsbericht (*zentrale Auswertung der Budgetberichte*) zum Stand 31.3.2010 (*siehe Anlage*) mit einer Gesamtverschlechterung von insgesamt ca. – 3,8 Mio. €.

Seit dem 01.04.2010 gebe es noch folgende Verbesserungen / Verschlechterungen zu berichten:

Mindererträge Finanzausgleich	ca. - 1,9 Mio. €
Mehrerträge Gewerbesteuer	ca. + 4,5 Mio. €
Mehrerträge Grundsteuer B	ca. + 0,3 Mio. €

Für das Haushaltsjahr 2010 ergebe sich nach derzeitigen Erkenntnissen folglich insgesamt eine voraussichtliche Verschlechterung von ca. 0,9 Mio. €.

Für den Zeitraum bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung (2011 bis 2014) werde auf Grundlage der jüngsten Steuerschätzung eine Verschlechterung von -56 Mio. € um ca. -8,5 Mio. € auf nun ca. -64,5 Mio. € prognostiziert.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:15 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer